

3. Wie sehen Sie angesichts der immer größer werdenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler in NRW die Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichtes?

AFD

In der Tat gibt es Schulen, in denen Christen eher den Vertretern anderer Religionen oder Atheisten gegenüberstehen als Katholiken evangelischen Christen. Ich denke, dass man von Ort und Ort, von Schule zu Schule entscheiden müsste, inwiefern konfessionsgebundener Religionsunterricht stattfindet oder inwiefern die gemeinsamen Fundamente des christlichen Glaubens vermittelt werden, um dann die unterschiedlichen Vorstellungen von den Sakramenten und dem unterschiedlichen Abendmahlsverständnis darzulegen. In diesen Orten müsste der „streng“ konfessionsgebundene Religionsunterricht dann von den Kirchen zusätzlich übernommen werden. So geschieht dies z.B. schon hier in Gronau an meinem Gymnasium, an dem es viele syrisch-orthodoxe Christen gibt, die den katholischen Religionsunterricht besuchen und außerdem an einem Nachmittag in der Woche bei ihrem Gemeindepriester syrisch-orthodoxen Religionsunterricht erhalten. In diesem Falle können sie auch vom Religionsunterricht in der Schule befreit werden. Manche Kinder besuchen aber beide Kurse, werden aber nur in einem benotet.

SPD

Wir wissen um den intensiven Dialog der Landeskirchen über die Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichts in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei stehen Fragen zum Fortgang des Religionsunterrichts mit Blick auf die demographischen, religionssoziologischen und -pädagogischen Herausforderungen an oberster Stelle. Das Katholische Büro NRW und das Evangelische Büro NRW denken neben dem Unterricht mit konfessionell homogenen Lerngruppen an konfessionelle Kooperation dort nach, wo es religionspädagogisch sinnvoll erscheint. Die SPD ist dieser Diskussion gegenüber sehr offen und freut sich, mit den Landeskirchen hierzu wie gewohnt einen konstruktiven Dialog zu führen.

Zudem hat die SPD-geführte Landesregierung mit der fraktionsübergreifenden Gesetzesinitiative zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts 2013 eine richtungsweisende Entscheidung getroffen. Die SPD hat zusammen mit der CDU und Bündnis 90/ Die Grünen erreicht, dass nun ein weiterer Religionsunterricht angeboten werden kann, der den Bedürfnissen einer Vielzahl von Schülerinnen und Schüler entspricht. Damit ist ein weiter wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Integration und Teilhabe in NRW gelungen, der keineswegs den konfessionsgebundenen Religionsunterricht ersetzen soll, sondern vielmehr integrierend wirkt.

PIRATEN

siehe Antwort auf Frage 1

GRÜNE

Die steigende Heterogenität der Schülerschaft betrifft auch den konfessionellen Aspekt. Deshalb ist es wichtig, auch Angebote für andere Bekenntnisse zu entwickeln. Neben dem alevitischen oder syrisch-orthodoxen ist vor allem der islamische Religionsunterricht zu nennen. Ministerin Sylvia Löhrmann ist es gelungen, mit dem pragmatischen Beiratsmodell eine belastbare Grundlage für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in NRW zu schaffen, was von einer sehr breiten Mehrheit im Landtag gestützt wurde und mit der entsprechenden Schaffung von Studienplätzen für die Ausbildung islamischer Religionslehrkräfte begleitet wurde. NRW war damit Vorreiter.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit katholischem oder evangelischem Bekenntnis wird sinken. Hier gilt es Wege zu finden, wie auch bei einer kleineren Anzahl in einer Jahrgangsstufe eine religiöse Beschulung möglich bleiben kann. Hierzu gibt es bereits bestimmte Vorstellungen, die das Land gemeinsam mit den Kirchen auf Umsetzbarkeit und Praktikabilität erörtern sollte. Denkbar sind gemeinsame ökumenische Anteile oder Module. Das könnte auch helfen, den oben angesprochenen Missstand mangelnder Lehrkräfte abzuschwächen. Dabei ist klar, dass das nicht von Landesseite verordnet werden kann, sondern immer ein Einvernehmen der Kirchen voraussetzt.

FDP

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft religiös und weltanschaulich stark ausdifferenziert. Einerseits ist der Anteil konfessionsloser Bürgerinnen und Bürger gewachsen, andererseits hat sich insbesondere durch Zuwanderung die Vielfalt religiöser Bekenntnisse verstärkt. Aus Sicht der Freien Demokraten muss sich diese gewachsene Vielfalt auch in den Schulen widerspiegeln. So fordern wir für Kinder an Grundschulen, die nicht an einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht teilnehmen, einen ordentlichen Ethikunterricht. Gleichzeitig muss – bei Erfüllung der diesbezüglich bestehenden Voraussetzungen – auch ein ordentlicher, bekenntnisorientierter Unterricht durch in Deutschland ausgebildete, auf Deutsch unterrichtende Lehrkräfte für nicht-christliche Religionen möglich sein. Dies gilt z. B. auch für muslimischen Religionsunterricht, der aus liberaler Sicht jedoch gegenwärtig mit der bestehenden Beiratsregelung unzureichend und nicht verfassungsfest organisiert ist. Grundsätzlich sehen wir es natürlich als eine Herausforderung, der angesprochenen religiösen Heterogenität gerade auch organisatorisch bestmöglich zu entsprechen. Gleichzeitig sehen wir aber eine – auf verfassungsrechtlicher Basis fußende – religiöse Vielfalt auch als eine Chance zum Austausch und Diskurs – ohne bestehende Problemlagen zu ignorieren. Zu einem solchen Diskurs kann konfessioneller Religionsunterricht neben der oben genannten Vermittlung auch zukünftig einen wichtigen Beitrag leisten.